

Schwierige Zeiten in Zürich

Autor(en): **Fehr, Luzzi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **18 (1992)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801268>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schwierige Zeiten in Zürich

Je länger je mehr
bröckelt die beschlossene
Drogenpolitik ab.
Die Drogenabhängigen
und die AnwohnerInnen
der betroffenen
Stadtkreise haben
längst die Nase voll.
Eine kleine Chronologie.

VON LUZZI FEHR

Mitte Mai war die Welt wenigstens bei der Mehrheit des Zürcher Stadtrates noch einigermaßen in Ordnung: Damals konnten die in der Öffentlichkeit arg gebeutelten Zürcher Stadträte die Eröffnung von drei Gassenzimmern bekannt geben, in denen auch der Konsum von Drogen toleriert sein sollte. Der Gemeinderat stimmte mit grosser Mehrheit zu und der zuständige Bezirksrat entzog einer Aufsichtsbeschwerde der SVP die aufschiebende Wirkung.

Doch damit war die «Erfolgsstory» nach der Schliessung des Platzspitzes anfangs Februar zu Ende: Die erhoffte Reduktion der Probleme auf der Gasse blieb aus. Der einer Belagerung ähnliche Zustand im vorwiegend betroffenen Stadtkreis 5 verschärfte sich beinahe von Tag zu Tag. Der Ruf verärgerter «Anrainer und Gewerbetreibender» nach einer Bürgerwehr werden immer lauter. In der Zwischenzeit bieten bereits einzelne Anwohnervereine «touristische» Führungen durch die Szene an – die einen um Solidarität zu üben, die andern, um den politischen Druck zu erhöhen.

Der in Bedrängnis geratenen Stadtrat blieb angesichts der überbordenden Lage nicht untätig – und verordnete neue,

repressivere Massnahmen. Bei Gross-Razzien wie in früheren Zeiten wurden Süchtigen alles abgenommen, was nicht beweisbar ihnen gehörte. Mit Ausnahme einer «eisernen Ration» von drei Spritzen und einem Löffel wurden den Abhängigen alle Fixerutensilien abgenommen. Die nach der Schliessung des Platzspitzes ohnehin erschwerte Aids-Prävention wurde mit dieser Massnahme nochmals erheblich schwieriger.

Die aufgestaute Wut und Ohnmacht entlud sich anlässlich einer «Schweigedemonstration» von SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und AnwohnerInnen. Als sie im Stadthaus von einer stadträtlichen Delegation empfangen wurden, piffen sie so laut und anhaltend aus, dass kein Diskurs möglich wurde.

Als Reaktion auf die wachsenden Probleme gab der zuständige SP-Polizeivorstand und Stadtrat Robert Neukomm in der ersten Junihälfte bekannt, dass das städtische Polizeikorps nun von der Kantonspolizei im Kreis 5 unterstützt werde. Mit dieser personellen Aufstockung hofften die Behörden, auswärtige Drogenabhängige unverzüglich den Fürsorgebehörden ihres Wohnortes zu überstellen. Neben dem Transport sollte die Kantonspolizei vermehrt auch für die Bekämpfung des Drogenhandels eingesetzt werden.

Dieser wird inzwischen beinahe vollständig und auf allen Hierarchiestufen von ausländischen Banden beherrscht, beklagt die Polizei. Üblich sei jetzt auch, dass selbst bei Kleingeschäften sowohl Geld wie Drogen bis zum Abschluss gleich mehrere Male den Besitzer wechseln und der gesamte Ablauf von Aufpassern überwacht würde.

Aufgrund der städtischen Betäubungsmittelstatistik wurden insgesamt 269 Schweizer und 618 Ausländer – zum Teil bis zu 30 Mal festgenommen. Am stärksten vertreten sind Personen aus dem nahen Kriegsgebiet des ehemaligen Jugoslawien. Noch krasser sieht es bei den

Verhaftungen in den Stadtkreisen 4 und 5 aus, wo von 107 erfassten Händlern lediglich einer Schweizer war.

Da insbesondere Asylbewerber nach ihrer Verhaftung nicht ausgewiesen werden könnten, seien viele dieser Asylbewerber eigentliche Serientäter. Damit würden die «Drogenhändler» – meist kleinere Fische – der grossen Zahl der übrigen Asylbewerbern gegenüber der Öffentlichkeit jedoch einen Bärendienst erweisen. Einer Internierung im Sinne einer Notstandsmassnahme, wie von der Stadt Zürich in Erwägung gezogen, stehen jedoch gemäss dem Bundesamt für Flüchtlingswesen juristische und staatspolitische Schranken im Wege. Zudem würden heute die Asylgesuche meist so schnell abgewickelt, dass diese schneller behandelt seien, als die jeweiligen Strafverfahren!

Politische Eskalation – Schlagabtausch mit dem Bund und...

Auch auf einer anderen Ebene kreuzten Stadt Zürich und der Bund die Klinge: Anfangs Juli richtet der Zürcher SP-Stadtpäsident Joseph Estermann einen dringenden Appell an Bund, Kantone und Gemeinden. Angesichts der grossen Zahl auswärtiger DrogenkonsumentInnen, die sich in Zürich mit Stoff versorgen würden, sei es undenkbar, dass «die Stadt Zürich das Drogenproblem für den ganzen Kanton und erst recht nicht für die halbe Schweiz» lösen könne. Er forderte den Kanton auf, allen Gemeinden finanziell unter die Arme zu greifen, damit aus den guten Absichten und Konzepten auch Taten werden könnten. Gleichzeitig attackierte er den Bundesrat, mit den wenigen wissenschaftlichen Versuchen mit der kontrollierten Verschreibung von Betäubungsmitteln das Handelsmonopol und damit die Profite der Mafia auch nicht im geringsten anzutasten. Er forderte die Bundesbehörden auf, allen Schwerst-



süchtigen die kontrollierte Abgabe zu ermöglichen und durch eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes den Besitz von Drogen straffrei zu erklären.

Umgehend erhielt Estermann in einigen Bereichen vom zuständigen kantonalen Gesundheitsdirektor Peter Wiederkehr Unterstützung. Bundesrat Flavio Cotti seinerseits distanzierte sich von den Vorschlägen Estermanns; der Bundesrat wolle nicht die Macht der Mafia einschränken, indem er selber Drogen verteile, sondern durch vermehrte Prävention und aktive Förderung des Ausstiegs, wie auch der Bekämpfung des Handels durch internationale Zusammenarbeit.

...zwischen den Stadträten

Nicht mehr mit dem offiziellen Kurs einverstanden scheint offensichtlich die SP-Stadträtin und Sozialamtsvorsteherin Emilie Lieberherr. Mitte Juli liess sie sich – nach mehrwöchigen Spekulationen – als Vorsitzende der städtischen Drogen-delegation vom Stadtpräsidenten abgelösen. Damit, so die offizielle Begründung, wurde die «Wichtigkeit des Problems dokumentiert» und die verwaltungsinterne

Koordination verbessert. Mit der Forderung, als Zwischenschritt zwei bis drei kleinere Areale zu bezeichnen, in denen der Konsum von und der Handel mit Drogen toleriert würden, strapazierte Lieberherr die Nerven ihrer StadtratskollegInnen zusätzlich über Gebühr.

Aids-Prävention erschwert

Anfangs Juli sorgte eine Umfrage der People with Aids, Act-HIV und des Vereins gegen gesellschaftliche Gleichgültigkeit für Aufsehen: Diese drei Organisationen gelangten zum Schluss, dass die Spritzenverteilung auf dem Platzspitz zusammengebrochen sei und die Hälfte der Befragten gelegentlich gebrauchte Spritzen verwenden würden. Die Stadtbehörden wiesen diesen Vorwurf als unbegründet zurück und versicherten ihrerseits, dass nach wie vor rund 11'000 Spritzen pro Tag verteilt würden.

Unbestritten scheint jedoch, dass die Verteilung von Injektionsmaterial durch MitarbeiterInnen des Stadtärztlichen Dienstes zwischenzeitlich verboten, dann wieder erlaubt, wieder verboten und später wieder erlaubt wurde. Zudem kon-

fizierte die Polizei nach Augenzeugenberichten hunderte bis tausende von gebrauchten, aber auch sterilen Spritzen und brachte sie zurück an einzelne Betreuungsorte – in einem Behälter!

Betroffenheit und Angst

Während die PolitikerInnen debattieren und nach Auswegen aus dem Dilemma suchen, verkommt der Kreis 5 langsam zu einem Slum, aus dem auch langjährige BewohnerInnen am liebsten wegziehen würden – oder es tun, wenn sie es vermögen. Heute haben viele BewohnerInnen einfach Angst – Angst vor dem nächsten Überfall, Angst vor dem ausländischen Sitznachbarn im Tram, Angst vor den aggressiven Dealern, die an jeder Ecke ihren Stoff los werden wollen. Damit geraten sämtliche angestrebten Ziele einer menschenverträglichen Drogenpolitik immer stärker in Vergessenheit: Die Schliessung der offenen Drogenszene bleibt eine Illusion, an der aus politischen Gründen festgehalten wird und für die nicht nur die Suchtmittelabhängigen, sondern auch die AnwohnerInnen im Kreis 5 bezahlen müssen. ■